

GEDENKSTÄTTEN-RUNDBRIEF

Nr. 45, Oktober 91



AKTION SÜHNEZEICHEN FRIEDENSDIENSTE E.V.



Inhaltsverzeichnis

Gedenkstätten-Rundbrief Nr. 45
Oktober 1991

Zur Diskussion

Wider die Regulierung des öffentlichen Gedächtnisses -
für einen selbständigen Umgang mit dem 9. November
von Johanna Pütz

Berichte

Die Erinnerung vor Ort sichern - Beispielhafte Unterstützung des Landes Niedersachsen für lokale Gedenkstättenarbeit

Infos, News

Erinnerungslücken - Diskussion um die Benennung der Käthe-Niederkirchner-Straße in Berlin

Nach 46 Jahren in den Stollen von Langenstein-Zwieberge

Veranstaltungen

Täter - Opfer - Gedenkstätten; bundesweites Seminar vom
5.-8. Dezember 1991

Kommentiert - Ausstellung zum "verordneten Antifaschismus" der DDR im Thälmannpark/Berlin bis 26. April 1992

Deserteure und Militärstrafjustiz; Symposium vom 25.-27. Oktober 1991 in Marburg

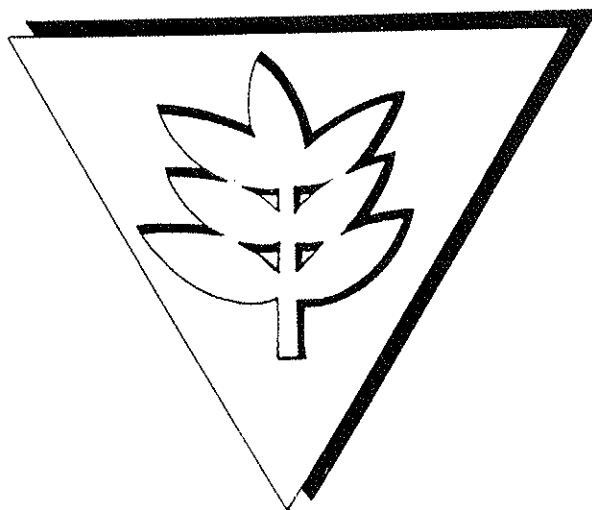
Geschichte und Macht; Ausstellung in Breitenau bis zum
25. Oktober 1991

Osthofen - Steine des Erinnerns, Symposium vom 8.-10.11.1991

Literaturhinweise

Zum Titel:

Tuschezeichnung (Vorstudie 19,4 x 28 cm), gemalt von Mercev Arbones aus Barcelona, einer 21-jährigen Teilnehmerin des diesjährigen internationalen Workcamps auf dem Gelände der Gedenkstätte Neuengamme im Anschluß an die Lektüre des Buches 'Die lange Reise', des spanischen Schriftstellers und ehemaligen Buchenwald-Häftlings Jorge Semprun. Mehr dazu im nächsten Gedenkstätten-Rundbrief.



Impressum:

Herausgeber: Aktion Sühnezeichen
Friedensdienste e.V. Jebenstraße 1,
1000 Berlin 12, Telefon 030/31 02 61

Redaktion: Thomas Lutz

Gestaltung: Rainer Papp

Gesamtherstellung: ASF, Buch- und
Mediendienst, 3308 Beienrode

Spendenkonto: Postgiro Berlin, Konto 675-103



Wider die Regulierung des öffentlichen Gedächtnisses - für einen selbstbeteiligten Umgang mit dem 9. November

Johanna Pütz, Berlin

Wenn wir uns auf den 9. November als Gedenktag vorbereiten, blicken wir zurück auf einen wichtigen Entwicklungsprozess in der politischen Kultur unseres Landes. Er begann mit der großen Resonanz auf die Wiederkehr des 40. Jahrestags der Novemberpogrome im Jahre 1978 und setzte sich fort mit dem 50. Jahrestag der Machtübertragung 1983. Es folgten die schrill-reaktionären Signale und die breite, vehemente Kontroverse zum 8. Mai 1985, drei Jahre später dann der 50. Jahrestag der Novemberpogrome mit neuen, differenzierten historischen Erkenntnissen, wie auch weiteren Ungeheuerlichkeiten der politischen Repräsentanz, und schließlich eine Neubesetzung der Bedeutungen dieses Tages seit dem 9. November 1989.

Im Gesamtspektrum der Veranstaltungen, Forschungsprojekte, Ausstellungen, der Einrichtungen von Gedenkstätten und der vielen lokalen Denkmalsaktivitäten spiegeln sich die Inhalte unserer politischen Kultur wie auch die Ästhetik gesellschaftlicher Kontroversen. Nicht zuletzt zeigen sich darin wesentliche Orientierungshilfen für unsere soziale Identität.

In all diesem sind Bedürfnisse nach sozialer Verständigung über die historischen Bedingtheiten unserer Gesellschaft enthalten, aber auch das Interesse, Herkunft und Zugehörigkeiten aufzuspüren und unabhängig von parteipolitischen Legitimationszwängen an demokratische Traditionen anzuknüpfen.

Die Vielfalt der politisch Aktiven, die sich zur Vorbereitung eines Gedenktages zusammenfinden, bezeugt nach wie vor den Konsens, jene im demokratischen Rechtsstaat garantierten Verbindlichkeiten gegenüber sozialen Notlagen einzufordern. Das bedeutet immer noch, "mehr Demokratie zu wagen", als es die wirtschaftlichen Machtverhältnisse zulassen.

Das anwachsende Interesse an der Aufarbeitung der jüngsten deutschen Vergangenheit nahmen konservative Politikberater spätestens ab 1983 zum Anlass, die Reklamierung historischer Sinnbezüge in den rechten Griff zu bekommen. Beispielhaft soufflierte Michael Stürmer (1987) für den Kanzlermund "Die Zukunft gewinnt, wer die Erinnerung füllt, die Begriffe prägt und die Vergangenheit deutet."

Der Historikerstreit, das Debakel um Bitburg / Bergen - Belsen 1985 und die Jenninger-Rede 1988 seien hier beispielhaft genannt für das Bemühen, einen relativierenden und entsorgenden Einfluß auf das kollektive Gedächtnis zu nehmen. An diesen

Ereignissen war zu erkennen, daß sich der Charakter eines Gedenktages danach färbt, welche gesellschaftlichen Interessensgruppen sich der öffentlichen Akte der Erinnerung und Mahnung bemächtigen. Um die Macht öffentlicher Trauer zu beschwichtigen, überstülpte uns Phillip Jenninger die von Entwicklungen verschleierte Brille des Mehrheitsdeutschen.

Gar im Triumphgefühl neuer Macht greift politische Prominenz nun zu neuen Mythologisierungen, siehe Friedrich Zwo. War es vor wenigen Jahren noch der Pazifismus, der Auschwitz begünstigte, so gilt heute erneut der Bolschewismus als Ursache für Völkermord und Vernichtungskrieg. Schuld bleiben - wie gewohnt - die Anderen, und die Deutschen sind nicht schlechter als ihre Nachbarn. Innerhalb des Hegemonialstrebens in Europa gilt es schließlich, verlorenes Terrain wiederzugewinnen.

Ein Problem können die Experten gereinigter, positiv geschönter Sinnkonstruktion dabei nicht überwinden: die persönlichen Impulse in der öffentlichen Trauer lassen sich nur bedingt regulieren, denn der Stachel der Erkenntnis über personelle und inhaltliche Kontinuitäten nationalsozialistischer Politik bleibt virulent. Und dies nicht nur solange die überlebenden Opfer die Öffentlichkeit damit konfrontieren, sondern eben auch, solange die Nachgeborenen davon wissen wollen.

Vor der Langlebigkeit struktureller faschistoider Tendenzen innerhalb des demokratischen Rechtsstaats hat Th. Adorno mit aller Entschiedenheit gewarnt: "Der Nationalsozialismus lebt nach, und bis heute wissen wir nicht, ob bloß als Gespenst dessen, was so monströs war, daß es am eigenen Tode noch nicht starb, oder ob es gar nicht erst zum Tode kam; ob die Bereitschaft zum Unsäglichen fortweist in den Menschen wie in den Verhältnissen, die sie umklammern... Ich betrachte das Nachleben des Nationalsozialismus in der Demokratie als potentiell bedrohlicher, denn das Nachleben faschistischer Tendenzen gegen die Demokratie. Unterwanderung bezeichnet ein Objektives; nur darum machen zwielichtige Figuren ihr come back in Machtpositionen, weil die Verhältnisse sie begünstigen." (Adorno 1977, 555 f, kursiv im Original))

Die Weigerung der NS-Täter und MittäterInnen, Verantwortung für ihre Taten zu übernehmen, strukturiert sich ja keinesfalls nur nach ihrer Unbelehrbarkeit, als pathologischer Kategorie, sondern analog zu einem gesellschaftlichen Klima, das ihnen freies Geleit gab. Die Nachkriegskarrieren der Globkes, von Verschuers, Filbingers und Waldheims bezeugen, daß sie als



Experten auch für die neuen Verhältnisse fernerhin gebraucht waren.

Der 9. November als historisches Datum hinterläßt mittlerweile verschiedene Inhalte der Erinnerung. Sie lassen sich nicht einfach zusammenräumen in eine nationale Schicksalstruhe.

Diese herausragende geschichtliche Merkfziffer steht für den Revolutionserfolg 1918, für Hitlers Putschversuch 1923, die Judenpogrome 1938, und nun auch für den Mauerdurchbruch 1989. Mit der offiziellen, gesamtdeutschen Bemächtigung dieses Datums steht zu befürchten, daß die divergenten Merkmale der historischen Ereignisse zusammengeschmolzen und ihre unterschiedlichen Mahnungen dabei umgewidmet werden.

Der Soziologe Lars Clausen sprach 1988 in der Gedenkstunde des Schleswig - Holsteinischen Landtags über die Novemberpogrome als Probe der Verrohung. Ich will diese wichtigen Gedanken aufgreifen und noch einmal fragen: erstens, was prüften die NS-Machthaber damals ab, und zweitens, worin müssen wir uns im Hinblick auf das Datum heute prüfen, unterhalb des Bekannten, des immer wieder notwendig Gesagten?

Geprüft wurde damals

- das Wegsehen und das Stillhalten der Nicht-jüdischen Bevölkerung, im Kern die Belastbarkeit des völkischen Konsens in seiner Verschränkung von Wohlfahrtsideologie und Verbrechen

- sodann die Benutzbarkeit der Parteibasis, vor allem der Altkader. Wer in dieser Nacht die Brände legte und plünderte, auf den war auch später Verlaß. Dies steht im Zusammenhang mit der aktiven Bereicherung der Normalbevölkerung durch die gewaltsame Enteignung der Betriebe und Wohnungen ihrer jüdischen Nachbarn, wie auch deren gesamten beruflichen Verdrängung.

- und schließlich die Selbstverteidigung und Selbstbehauptung der jüdischen Bevölkerung.

Worin müssen wir uns heute prüfen, um dem Anspruch "Aus der Geschichte lernen" reale Geltung zu verschaffen?

Der 9. November bleibt eine unablässige Alarmierung der juristischen, gesundheits-, sozial- und bildungspolitischen Entrechtung sozial Geschwächter entgegenzuwirken und dem sozialpsychologisch aufgeheizten Haß gegen Fremde, Frauen und Stigmatisierte unsere entschiedendste Aufmerksamkeit zu widmen.

So führt uns die Sensibilität gegenüber der Fortsetzung unmenschlicher Politik mit menschenrechts-verletzender Legalität in Bezug auf den 9. November, notwendig zur Praxis des neuen Ausländergesetzes, den Angriffen auf das Asylrecht und der völlig unzureichenden Asylgewährleistung.

Ein weiteres ist, sich nicht zu gewöhnen an die Verwirkung der demokratischen Prinzipien des Rechtsstaats, in dem einzelne Machteliten das gemeinsame Gut verwirtschaften und die errungenen Leistungen des Sozialstaates obendrein zu einer notdürftigst befriedenden Defizitzuweisung an die Betroffenen mißbrauchen.

Diese strukturellen Gefüge sind bekannt. Das Mut fassen zur Einmischung, die Bereitschaft, konkrete Verantwortung auch auf Kosten eigener Nachteile zu übernehmen, bestimmt weiterhin unsere Zukunft.

Bei einer Selbstprüfung eigener Verrohungstendenzen finden sich jedoch nicht nur bislang verdeckte Vorurteilsmechanismen gegen Fremde und Andere, sondern ebenso die aktive Teilhabe an Fortschrittskonzepten auf der Basis von Vernichtungslogik.

Die Idealisierung einer leidensfreien Gesellschaft verfängt sich in vielen privilegierten Gesellschaftsmittgliedern.

Verlockende Fortschrittsverheißungen, eine Selbstergebenheit an Leistungsoptimierung und praktische Nutzeffekte wie die Früherkennung eines behinderten Fötus oder die Früherkennung einer genetischen Krankheit ebnen den Weg in eine eugenische Zukunft. Die Kontinuität eines wissenschaftlich-technischen Machbarkeitswahns zeigt sich beispielhaft in der Genomanalyse an ArbeitnehmerInnen, der vorgeburtlichen Selektion von normabweichenden Fötus, der bislang illegalen Routine des Tötens Behinderter, chronisch Kranker und Siecher, wie im gesamten Experiment einer technischen Reproduktion und genetischen Manipulation des Menschen. Die Entscheidung über diese scheinbar privaten Lebensprozesse bedeuten in ihrer Verallgemeinerung eine Krisensteuerung sozialer Konflikte auf reproduktionstechnologischem Niveau.

Das Konzept von Vernutzung und Vernichtung im Interesse ungeahnter Qualitätsoptimierungen - und vor allem einer gezielten Qualitätskontrolle - hat neue Verwirklichungen erzielt und spricht uns an: als KonsumentInnen und BefürworterInnen solch tödlicher Lösungsversuche.

Hier ist seit Jahren eine Reaktualisierung von Tatsystemen festzustellen, die wir durch historische Verbindlichkeit kennen sollten. Und wir sind aufgerufen, diese schleichend und unscheinbar vollzogene neue und zugleich alte Qualität der Verrohung an uns selbst zu beobachten.

Diese Zusammenhänge zeigen auch, daß historisches Lernen mit dem Ansatz des Verstehens keine organisch sprießende Kompetenz ist, sondern sich erst im politischen Streit, wie in der Selbstkonfrontation mit den Opfern und den MissetäterInnen, gestern und heute, entfaltet.



Gedenktage warnen mit der Macht historischer Tatsachen.

Wirksam sind diese Warnungen aber nur im wiederholten Erinnern, in der aktiven Trauerarbeit, wie es die Mitscherlichs bezeichnet haben.

Die antifaschistisch orientierten Nachgeborenen sollte m. E. vorsichtig darin sein, historische Last selbstgerecht an jenen festwachsen zu lassen, deren Mechanismen des Verdrängens, Relativierens und Umdeutens wir schnell ausloten können. Der Mut zur historischen Wahrheit ist nicht exklusiv verteilt. Denn wir können die Opfer damals wie heute nicht wirklich erkennen, ohne die Frage nach eigenen Täterambivalenzen zu stellen.

Am System gegeneinander privilegierter sozialer Freizügigkeit und Sicherheit sind wir alle beteiligt und damit auch konkret verantwortlich für die Segmentierung gesellschaftlicher Existenzformen. Der Ausgrenzungspolitik als äußerer Gewalt gegen die sozial "Unerwünschten", "Nutzlosen" und "Störenden", liegt die komplementäre Form der analog verinnerlichten Gewalt und Selbstdisziplinierung der "Fitten" zu Grunde.

Selbst eingebunden in diese Strukturen, jedoch alarmiert durch die historische Erfahrung, können wir uns als MittäterInnen entwaffnen und Menschlichkeit einlösen.

ADORNO, THEODOR W. (1977): Was bedeutet: Aufarbeitung der Vergangenheit. IN: Gesammelte Schriften, 10, 2. Frankfurt a. Main.

CLAUSEN, LARS (1988): "Die Novemberpogrome waren die Probe der Verrohung". Eine andere Art des Gedenkens. Rede vor dem Schleswig-Holsteinischen Landtag. IN: Frankfurter Rundschau, 12. 11. 1988.

DINER, DAN (1987): Ist der Nationalsozialismus Geschichte? Zu Historisierung und Historikerstreit. Frankfurt a. Main.

MITSCHERLICH, MARGARETE (1987): Erinnerungsarbeit. Zur Psychoanalyse der Unfähigkeit zu trauern. Frankfurt a. Main.

Johanna Pütz ist aktives Mitglied der Aktion Sühnezeichen / Friedensdienste, freie Mitarbeiterin in der Evangelischen Akademie Berlin und arbeitet als wissenschaftliche Mitarbeiterin an der Hochschule der Künste Berlin im Fachbereich Erziehungswissenschaft.

Józef Szajna: »Unser Lebenslauf«, Zeichnung 1943





Die Erinnerung vor Ort sichern - Beispielhafte Unterstützung des Landes Niedersachsen für lokale Gedenkstättenarbeit

Die Niedersächsische Landesregierung hat sich zum Ziel gesetzt, über die zentrale Gedenkstätte Bergen-Belsen hinaus auch die regionale und lokale Erinnerungsarbeit zu fördern. Sie entspricht damit einer einstimmigen Entschließung des Niedersächsischen Landtages vom 17. Januar 1991. Im Jahr 1991 stehen zur Förderung der dezentralen Gedenkstättenarbeit 400.000 DM zu Verfügung. Davon sind bereits 200.000 DM für das Papenburger Dokumentations- und Informationszentrum (DIZ) zu den Emslandlagern vorgesehen.

Die Grundsätze, nach denen die Gelder vergeben werden sollten, sind hier im Anschluß veröffentlicht. Empfehlungen zur Mittelvergabe werden von dem neugebildeten Beirat zur Gedenkstättenarbeit in Niedersachsen gegeben, in dem neben dem Vorsitzenden von Professor Dr. Herbert Obenaus mit Professor Eberhard Kolb und Professor Dr. Wolfgang Jakobmeyer drei Mitglieder vertreten, die bereits im Beirat für die Gedenkstätte Bergen-Belsen mitgewirkt haben. Ferner wurden Frau Professor Dr. Helga Grebing sowie Frau Dr. Inge Marßolek in den Beirat berufen. Als Vertreter der Gedenkstätten/-Initiativen sind Professor Dr. Werner Boldt und Thomas Lutz Mitglieder des Beirates.

Das Land Niedersachsen ist damit das erste Bundesland, das institutionalisiert und in diesem Umfang die lokale und regionale Gedenkstättenarbeit fördert. Es wäre zu wünschen, wenn sich weitere Bundesländer diesen Vorbild anschließen würden!

Im Folgenden ist ein Auszug des Grußwortes zur konstituierenden Sitzung des wissenschaftlichen Beirats zur Gedenkstättenarbeit von Niedersachsens Minister für Bundes- und Europaangelegenheiten Jürgen Trittin abgedruckt:

"Dezentrale Gedenkstättenarbeit eines Landes unterscheidet sich nicht nur von Betrieb und Unterhalt einer zentralen Gedenkstätte wie Bergen-Belsen, sondern sie vollzieht sich in einem spezifischen Spannungsfeld. Soll sie generell dazu dienen, gerade in der Fläche und vor Ort die Erinnerung an die Leiden der Opfer des Nationalsozialismus, aber auch an die mutigen Taten des Widerstandes gegen den Naziterror zu sichern, so ist sie dabei mit spezifischen Schwierigkeiten und Widersprüchen konfrontiert:

Zum einen ist die Erinnerung an diese Vergangenheit unbequem. Vor Ort, und das heißt nicht nur in Ravensbrück, sondern etwa auch in Sandbostel, trifft man häufig eine Haltung an, die die eigene Vergangenheit nur allzu gerne und allzu leichtfertig verdrängt.

Auf der anderen Seite waren es aber vor allem lokale, ehrenamtliche Initiativen, die hier in Niedersachsen die Erinnerung an die geschichtliche Realität erhalten und gesichert haben, die Zeitzeugen häufig genug buchstäblich in letzter Minute zu ihrer Erinnerung befragt haben. Es waren örtliche Initiativen, die sich für den Erhalt etwa der Bauten des ehemaligen Zwangsarbeiter-KZ Salzgitter-Drütte einsetzten, die erstmalig die Geschichte des Jugend-KZ Moringen aufarbeiteten und die die Geschichte der Emslandlager dokumentierten.

Diese Aufarbeitung lokaler Geschichte geschah in vielen Fällen ehrenamtlich und wurde von "Laien" ausgeführt. Gerade, was die Sicherung der "oral history" in diesem Bereich angeht, können die Verdienste dieser Initiativen, auch vom wissenschaftlichen Standpunkt, nicht hoch genug eingeschätzt werden.

Der wissenschaftliche wie pädagogische Ansatz dieser Form von Gedenkstättenarbeit ist von dem Gedanken geprägt, daß sich Auschwitz nie wiederholen darf.



Die Aktualität eines solchen Ansatzes zeigt sich gerade in der jetzigen politischen Situation, in der wir ein massives Wiederaufleben von Neonazismus und Faschismus in vielfältigsten Formen gerade auch hier in der Bundesrepublik beobachten können. In einem Land, in dem es für Teile der jüngeren Generation zum Abendvergnügen zu gehören scheint, loszugehen, um "Fidschis zu klatschen", also Menschen anderer Kultur und Herkunft so zu terrorisieren, daß sich Ausländer nach Einbruch der Dunkelheit nicht mehr in bestimmte Stadtviertel wagen dürfen, ist die Konfrontation mit der eigenen Vergangenheit umso notwendiger. Wie wenig die Renaissance neonazistischer Straßenterrors ein Phänomen der fünf neuen

Länder, oder Folge einer stalinistischen Sozialisation ist, belegen die sich seit Jahren auch in Niedersachsen häufenden Überfälle von Neonazis auf Flüchtlingswohnheime, Jugendzentren etc..

Und ich füge hinzu, die Herausbildung rechtsradikaler Weltbilder ist kein Privileg der Jugend, die Kultivierung des Ressentiments zur Ideologie kein Phänomen der Unterschichten. Wie anders wären sonst jene Positionen im sogenannten "Historikerstreit" zu erklären, die darauf hinausliefen, die Verantwortung und die Schuld Hitler-Deutschlands am 2. Weltkrieg und dem vor 50 Jahren begonnenen Überfall auf die UDSSR zu relativieren."

Voraussetzung für die Gewährung von Zuwendungen zur Förderung der regionalen und lokalen Gedenkstättenarbeit

Der Niedersächsische Landtag hat in seiner Entschließung vom 17. Januar 1990 die Landesregierung aufgefordert, "zur Förderung der Gedenkstättenarbeit und der Aufarbeitung von Wissensdefiziten in diesem Bereich" Haushaltsmittel einzusetzen. Daraus sollen "Projekte der Gedenkstättenarbeit unterstützt" werden, die der "Aufklärung über Verbrechen während der NS-Zeit dienen oder an die Opfer der Verfolgung und den Widerstand in Niedersachsen erinnern" (Drucksache 11/4871).

Das Niedersächsische Ministerium für Bundes- und Europaangelegenheiten gewährt zur Förderung der Gedenkstättenarbeit nach Maßgabe der Verwaltungsvorschriften zu § 44 Landeshaushaltsordnung (LHO) unter Berücksichtigung der unter A. aufgeführten Grundsätze auf Empfehlung des Wissenschaftlichen Beirats für Gedenkstättenarbeit Zuwendungen für Projekte der Gedenkstättenarbeit.

A) Der Wissenschaftliche Beirat hat auf seiner Sitzung vom 22. August 1991 folgende Grundsätze für die Abgabe von Empfehlungen zu Förderanträgen aufgestellt:

1. Gedenkstättenarbeit dient der aktiven Erinnerung an Verfolgung, Verbrechen und Widerstand in der Zeit der nationalsozialistischen Diktatur und deren Folgen, um Erfahrungen aus dieser Zeit festzuhalten und Nachdenken zu provozieren. Die Gedenkstättenarbeit soll den Gedankenaustausch zwischen den Überlebenden und den Nachlebenden fördern. Gedenkstätten sind also Orte, an denen im Interesse einer gegenwartsbezogenen politischen Bil-

dung diese Realität aufgearbeitet und vermittelt wird, wobei insbesondere ein historisches Lernen im Dialog anzustreben ist.

2. Folgende Vorhaben im Sinne einer aktiven Erinnerungsarbeit können durch projektbezogene Sach- und Personalkosten gefördert werden:

- a) Dokumentationen über Lager und andere Stätten der Verfolgung, des Verbrechens oder des Widerstands
- b) Interviews mit Zeitzeugen
- c) Aufbau von biographischen Nachweisen, z. B. von Häftlingsverzeichnissen
- d) Ausstellungen
- e) Druck von Ausstellungskatalogen, Dokumentationen, Darstellungen
- f) audiovisuelle Bearbeitungen
- g) Führungen, Besucherinformationen, Kontakte mit früheren Häftlingen und ihren Angehörigen
- h) Seminare, Tagungen und Kongresse.

3. Vorrangig sollen die auf die Unterstützung der inhaltlichen Arbeit der Gedenkstätteninitiativen gerichteten Anträge behandelt werden.

Eine Förderung von Baumaßnahmen in Zusammenhang mit einer Gedenkstätte ist aber nicht ausge-



schlossen, wenn sie der aktiven Erinnerungsarbeit dient; hierbei ist in der Regel eine angemessene Beteiligung der Kommunen Voraussetzung.

4. Forschungsvorhaben, die der Gedenkstättenarbeit dienen, können gefördert werden. Doch wird zu prüfen sein, ob nicht eine Finanzierung durch andere Einrichtungen der Forschungsförderung, z. B. durch das Ministerium für Wissenschaft und Kunst (Kapitel 0608 Titelgruppe 74), zu empfehlen ist.

B. Haushaltsrechtliche Rahmenbedingungen

Die Zuwendung wird als nicht rückzahlbarer Zuschuß zur Deckung von Aufwendungen des Zuwendungsempfängers für einzelne abgegrenzte Vorhaben gewährt (Projektförderung). Es erfolgt keine institutionelle Förderung, d. h. keine Übernahme von laufenden Personal- oder Sachkosten. Die Zuwendung wird grundsätzlich als Fehlbedarfsfinanzierung, d. h. nicht als Festbetragsfinanzierung gewährt.

Ein Anspruch auf Gewährung einer Zuwendung besteht nicht, vielmehr entscheidet das Niedersächsische Ministerium für Bundes- und Europaangelegenheiten als Bewilligungsbehörde aufgrund seines pflichtgemäßen Ermessens im Rahmen der verfügbaren Haushaltsmittel auf Empfehlung des Wissenschaftlichen Beirats für Gedenkstättenarbeit.

Anträge auf Förderung können von natürlichen und juristischen Personen gestellt werden, die sich der Gedenkstättenarbeit widmen. Sie sind vor Beginn der Maßnahme bzw. des Vorhabens formlos in dreifacher Ausfertigung beim Niedersächsischen Ministerium für Bundes- und Europaangelegenheiten, Clemensstraße 17, 3000 Hannover 1 zu stellen.

Der Antrag muß enthalten

- a) eine genaue Bezeichnung des Antragstellers/der Antragstellerin,
- b) eine vollständige Beschreibung des Vorhabens
- c) einen Finanzierungsplan,

d) die Erklärung, ob bei einem anderen Zuwendungsgeber/einer anderen Zuwendungsgeberin für den gleichen Zweck Mittel beantragt werden oder bereitgestellt worden sind,

e) die Erklärung, daß mit der Maßnahme noch nicht begonnen worden ist.

Der Finanzierungsplan muß eine Aufstellung der mit dem Vorhaben zusammenhängenden Ausgaben und eine Übersicht über die beabsichtigte Gesamtfinanzierung enthalten.

Förderungszeitraum ist das jeweilige Haushaltsjahr. Sofern Mittel für ein mehrjähriges Vorhaben beantragt werden, sind im Finanzierungsplan die Gesamtkosten verteilt auf die einzelnen Haushaltsjahre darzustellen.

Nach Abschluß des Projektes ist zusammen mit dem Verwendungsnachweis ein Sachbericht, d. h. eine Darstellung der Durchführung und der Ergebnisse des Projektes, vorzulegen, der auch dem Wissenschaftlichen Beirat zur Kenntnis gegeben wird. Bei mehrjährigen Projekten ist jeweils jährlich ein Zwischenbericht zu geben.

Weitere Auskünfte erteilt das Niedersächsische Ministerium für Bundes- und Europaangelegenheiten, Referat 16 - Frau RD' in Dr. Hartung (Tel. 0511/120-2841) und Herr RAR Thienel (Tel. 0511/120-2837).

(Informationen aus Presseinformationen des Niedersächsischen Ministeriums für Bundes- und Europaangelegenheiten zusammengestellt von Thomas Lutz.)



Das „Aktive Museum Faschismus und Widerstand in Berlin e.V.“ kämpft gegen Vergeßlichkeit. Mit einem Zusatzschild will es jetzt die Debatte um einen neuen Namen für die Niederkirchner Straße beenden. Die ehemalige Prinz-Albrecht-Straße war 1951 zum Gedenken

präsidenten des Abgeordnetenhauses, Reinhard Führer, ist das kein Grund, den Straßennamen beizubehalten: „Es gibt bereits eine Käthe-Niederkirchner-Straße im Bezirk Prenzlauer Berg“, sagt er. Darüber hinaus sei die Straße „eine Nahtstelle zwischen Ost- und Westberlin“. Deshalb favorisie-

re er den Namen Ludwig-Erhard-Straße: „Sonst ist da ja nichts,“ meint er, das benachbarte Gelände des ehemaligen Gestapo-Hauptquartiers ignorierend. Das „Aktive Museum“ erinnert daran, daß sich Reinhard Führer im Frühjahr 1991 beschwerte, die zukünftige Adresse des Abgeordnetenhauses sei „eines demokratischen Parlaments unwürdig.“ Darauf kann sich der Vizepräsident nicht besinnen: „Das habe ich nie gesagt“, erklärte er auf Nachfrage dem

ERINNERUNGS LÜCKEN



an die Widerstandskämpferin Käthe Niederkirchner umbenannt worden. Die Kommunistin wurde im Konzentrationslager Ravensbrück ermordet. Für den Vize-

TIP. Reinhard Führer ist vergeßlich: Der „Tagesspiegel“ notierte genau dieses Zitat am 24. März in seiner Kolumne „Hinter den Kulissen“. C&A



Ehemalige KZ-Häftlinge besichtigten Malachit-Höhle

Nach 46 Jahren in den Stollen von Langenstein-Zwieberge

Von Richard Kosinski

Zusammen mit einer Gruppe der französischen „Buchenwaldfreundschaft“ (Organisation der ehemaligen Häftlinge des KZ Buchenwald und Außenkommandos) erhielt ich am 29. Juli 1991 die Möglichkeit, das heutige Bundeswehrobjekt in den von uns geschaffenen Malachit-Höhlen zu besichtigen.

Als 15-jähriger war ich in das KZ Auschwitz verschleppt worden. Dort hatten es Häftlinge durchgesetzt, daß für Jungen wie mich eine „Maurerschule“ eingerichtet wurde. So erlernte auch ich einen Beruf und war für die Nazis kein unnützer „Fresser“ mehr, sondern konnte zur Arbeit eingesetzt werden. Das Außenlager von Buchenwald, Langenstein-Zwieberge, war ein Todeslager. Die Häftlinge wurden beim Bau der Malachit-Höhlen regelrecht verschrottet. Mein Glück war, daß qualifizierte Maurer im Lager Zwieberge selbst gebraucht wurden. So waren meine Unterbringung und Verpflegung besser und ich mußte nur 14 Tage als Maurer im Stollen arbeiten.

Bei unserem Rundgang durch das heutige Bundeswehrobjekt erzählte Herr Major Büttner, der Leiter dieser Dienststelle, daß bei den vielen Experten, mit denen er bisher sprach, immer wieder die Frage auftauchte, ob diese Höhlen nur von den Häftlingen gebaut wurden. Es ist also auch heute noch immer unvorstellbar, zu welcher unmenschlichen Arbeitsleistung wir von den Nazis gezwungen wurden.

Für das Bundeswehrobjekt wurden nur 6,5 Kilometer der ehemaligen Malachit-Stollen genutzt. Das ließ die wichtige Frage aufkommen, ob nicht für die Gedenkstätte Langenstein-Zwieberge ein kleiner Teil der noch verbleibenden vielen Kilometer Stollen (Die Gedenkstätte spricht von 17, das Bundeswehrobjekt von 12 Kilometern Länge - historische Unterlagen dazu sind nicht mehr vorhanden) zur Veranschaulichung freigegeben werden könnte. Leider mußten wir von den uns begleitenden Fachleuten vernehmen, daß der Rest der Stollen in einem lebensgefährdenden Zustand ist.

Schade, daß diese wichtigen Zeugen der an uns begangenen Verbrechen nicht mehr „reden“ können. Für die

Mitarbeiter der Gedenkstätte ein großer Verlust, der mir und sicher auch den anderen beiden anwesenden ehemaligen Häftlingen Michel Rodriguez und Paul Le Goupil aus Frankreich besonders nach dem Besuch des Bundeswehrobjektes sehr bewußt wurde. Selbst wir waren von Größe, Höhe und Länge, eben vom Ausmaß dieser Stollen, überwältigt, hatten wir diese vor 46 Jahren doch nur im Dämmerlicht gesehen.

Sicherlich hat dieser Besuch nicht nur mich zu einem Presseartikel bewegt. Ich denke, daß meine Kameraden aus Frankreich sich ebenfalls an die Lokalzeitungen des Kreises Halberstadt wenden werden. Deshalb hier erst einmal nur von meiner Seite ein Dank an die Organisatoren dieses bewegenden Besuches.

Da ich zur Zeit an der Gedenkstätte Zwieberge weile, um das internationale work-camp zu unterstützen, bat mich Frau Fauser, die Leiterin der Gedenkstätte, darum, in ihrem Namen Herrn Büttner für die unkomplizierte Unterstützung bei der Vorbereitung des Besuches und die feinfühligte Auswahl des Rundganges, die zahlreiche Wünsche von ihrer Seite berücksichtigte, zu danken. Selbst der Wunsch der französischen Gruppe, in dem Stollen historische Sachzeugen filmen und fotografieren zu dürfen, konnte realisiert werden, soweit dabei keine militärischen Objekte betroffen waren. Erfreut vernahm ich die Nachricht, daß Frau Fauser die Genehmigung erhielt, mit den engagierten Leuten vom work-camp des ijd die Stollen besichtigen zu können. Außerdem werden im August die nächsten beiden Gruppen ehemaliger Häftlinge von Buchenwald und Außenkommandos die Höhle sehen dürfen.

Natürlich war ich nicht glücklich darüber, daß die verfluchte Malachit-Höhle, entstanden durch „Vernichtung durch Arbeit“, bezahlt mit 7 000 Menschenleben und ungezählten Qualen, wieder einem militärischen Zweck dient, aber ich denke, wenn Gedenkstätte und Militärprojekt weiterhin gut zusammenarbeiten, besteht in Form der Untertagestätte eine Möglichkeit der eindrucksvollen Dokumentation der Verbrechen des Nationalsozialismus an uns aus 17 Ländern nach Deutschland Verschleppten.

VST 5.8.91



Täter - Opfer - Identität

Inhaltliche Überlegungen zum bundesweiten Gedenkstättenseminar vom 5.-8. Dezember

Mit getrennter Post werden in diesen Tagen die Einladungen und Programme für das Gedenkstättenseminar verschickt, das mit der Unterstützung durch die Friedrich-Ebert-Stiftung gemeinsam von der Dokumentation "Topographie des Terrors" und der Aktion Sühnezeichen Friedensdienste e.V. durchgeführt wird.

Die Teilnahme an dem Seminar soll durch inhaltliche Überlegungen angeregt werden, die im Folgenden abgedruckt sind. Sie wurden nach Diskussionen in der Vorbereitungsgruppe von Frank Dingel verfaßt.

Bis zum Fall der Mauer hieß es, die "Deutsche Frage" sei so lange offen, wie das Brandenburger Tor zu sei. Mit der Erledigung der "Deutschen Frage" durch Öffnung des Tores soll nun auch ein Schlußstrich unter die NS-Zeit gezogen werden. Die Legitimität des "neuen Deutschland" ergibt sich aus der sog. "Friedlichen Revolution" des Jahres 1989 und nicht mehr aus dem "Zusammenbruch" bzw. der "Befreiung" des Jahres 1945. BRD und DDR waren nicht denkbar ohne die vorangegangenen 12 Jahre Nazi-Diktatur. In beider Staaten, wenn auch in unterschiedlicher Akzentsetzung, machte die Interpretation dieser 12 Jahre und die Schlußfolgerung, die daraus gezogen wurden, einen wesentlichen Bestandteil der Selbstdarstellung dieser Staaten aus. Aus dem jeweiligen staatlichgesellschaftlichen Selbstverständnis ergab sich der Spielplan, in dem Gedenkstätteninitiativen in West und Ost handeln konnten. Im Westen war die Grundeinstellung dem Staat gegenüber im wesentlichen kritisch, ihn ständig daran erinnernd was er von Genese und Anspruch her zu tun gefordert war und häufig nicht tat.

Im Osten verstanden sich die Gedenkstätten vor allem als Ausführende des staatlichen antifaschistischen Auftrages. Die dogmatische Enge der historischen Interpretation wurde kompensiert mit materiell großzügiger Ausstattung der Gedenkstätten. Trotz unterschiedlicher Ausgangslagen waren die Beziehungen zwischen Gedenkstätten Ost und West nicht nur polemisch-kritisch, sondern auch unterstützend. Die wissenschaftliche Arbeit in der DDR wie auch die politische "Entlarvung" ehem. Nazis in der BRD waren für die Mitarbeiter in westlichen Gedenkstätten wichtig wie auch umgekehrt die Arbeiten über

den nichtkommunistischen Widerstand zumindest in den letzten Jahren auch Resonanz in der DDR gefunden haben. Mit dem Verlöschen der DDR als Staat hat sich das politisch-gesellschaftliche Koordinatensystem massiv verschoben. Die DDR wird von der Bundesregierung und teilweise in der Publizistik als ein dem NS-Regime vergleichbarer "Unrechtsstaat" angesehen. Die Stasi-Opfer schieben sich im öffentlichen Bewusstsein vor die Gestapo-Opfer. Man ist bereit, sich eher mit diesen deutschen Opfern zu identifizieren als mit den "volksfremden" der Nazi-Zeit. Die bis 1989 klare Zuordnung von Opfern und Tätern verschwimmt, exemplarisch deutlich bei der Diskussion um die Internierungslager. Die Identitätsverunsicherung bei den Mitarbeitern ehem. DDR-Gedenkstätten liegt auf der Hand. Doch auch in den Gedenkstätten der BRD dürfte die Verunsicherung nicht unerheblich und die Neigung ausgeprägt sein, wendehälsige Bekenntnisse zur Totalitarismustheorie bei gleichzeitiger Reduzierung gesellschaftskritischen Anspruchs abzugeben.

Das Seminar soll sich jedoch nicht nur mit unserer eigenen Befindlichkeit auseinandersetzen, sondern auch die Frage stellen, wie glaubwürdige Aufklärung weiter betrieben werden kann. Dieses soll an zwei Beispielen geschehen, die beide die Frage nach den Tätern in den Mittelpunkt stellen. Gedenkstätten haben es mit den Opfern zu tun, ihrer soll ehrend gedacht werden. Tätern kann man nicht "gedenken". Es gibt aber Orte, an denen sich das Nachdenken über die Täter aufdrängt, dazu gehören die Wannsee-Villa, das Prinz-Albrecht-Gelände und die Reichskanzlei. Im Zusammenhang mit diesen Orten von "Gedenkstätten" zu reden, wirkt unpassend. Wir haben es daher vorgezogen, von "Denkort" zu sprechen, Orten also, wo über die verfolgte Mehrheit und in letzter Konsequenz über uns nachgedacht werden soll.

Schließlich würden wir ganz gern die Dokumentation über den Krieg gegen die Sowjetunion der kritischen Begutachtung durch das Gedenkstättenseminar aussetzen. Die Thematisierung des Krieges verbaut den verführerischen Ausweg, der sich noch in jeder KZ-Gedenkstätte anbietet, nämlich zwischen NS-Terrorssystem und der - womöglich noch uniformierten - Massen des Volkes zu unterscheiden. Am Krieg gegen die Sowjetunion waren 9 - 10 Millionen deutsche Männer beteiligt, mehrere Millionen Polen und Russen waren als Kriegsgefangene und Zwangsarbeiter im Reich eingesetzt. Die Politik des imperialistischen Krieges und der rassistischen Ausbeutung war nur



möglich, weil sie auf in Jahrhunderten gewachsene Stereotype angeblicher Völkerpsychologie zurückgreifen konnte. Zugleich prägte sie aktuelle Verhaltensmuster, die weit in die demokratische Nachkriegszeit fortwirkten und z. T. noch heute andauern. Die Frage stellt sich hier also nach kollektiven Identitäten, ihren Brüchen und Entwicklungsmöglichkeiten.

Symposium vom 8.-10. November 1991

OSTHOFEN - STEINE DES ERINNERNS

...an das erst Konzentrationslager im Volksstaat Hessen, in dem die politischen Gegner der Nationalsozialisten eingesperrt wurden. Erste Steine, scheinbar harmlos, zu einem System der Menschenverachtung und des Genozids.

Der Förderverein Osthofen e.V. führt mit Unterstützung der Aktion Sühnezeichen Friedensdienste e.V. und der Bundeszentrale für politische Bildung ein Symposium zur Geschichte dieses Lagers, stellvertretend für das Lager- und Unterdrückungssystem während des Nationalsozialismus, durch.

Das Symposium beginnt am Freitag den 8. November um 15.00 Uhr mit der Besichtigung des Konzentrationslagers mit Zeitzeugen. Nach der Eröffnung und Begrüßung in der Aula der Realschule in Osthofen, wird Prof. Dr. Wolf-Dieter Narr, FU Berlin einen Vortrag zum Thema "Persönliche und politische Konsequenzen aus dem Erinnern" halten. Weitere Vorträge und Arbeitsgruppen folgen am Samstag und Sonntag im Tagungshotel Dom-Hotel, Worms, Obermarkt. Das Symposium endet am Sonntag gegen 13.00 Uhr.

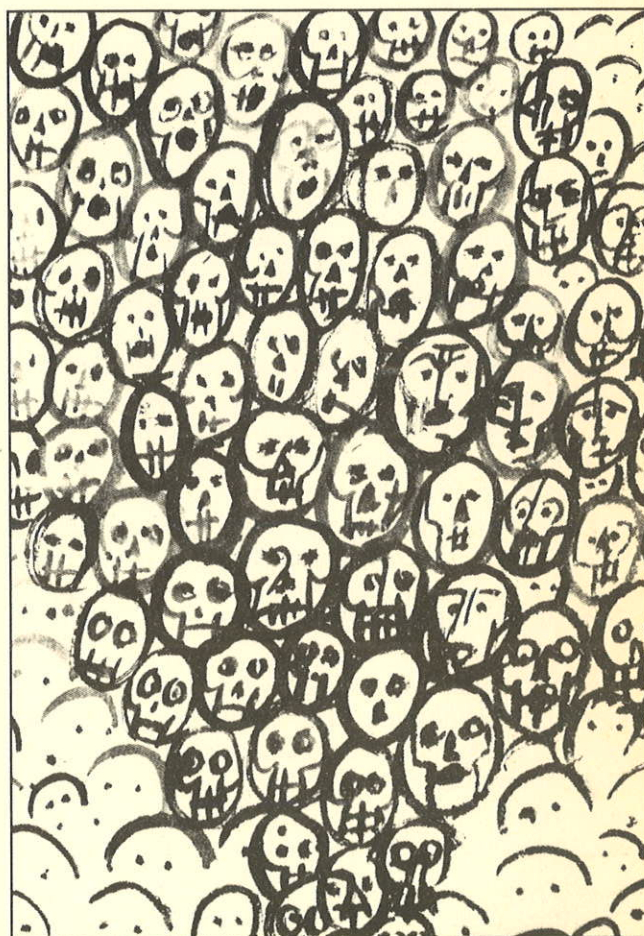
Kosten: für Unterkunft im Zwei-Bett-Zimmer und Verpflegung währen der ganzen Tagung
180,-DM/150,-DM Mitglieder
keine Hotelunterbringung, nur Verpflegung
90,-DM/70,-DM Mitglieder
nur Tagungsgebühr
30,-DM/20,-DM Mitglieder
Für RentnerInnen, Arbeitslose, SchülerInnen u. StudentInnen ermäßigen sich die Beiträge um 50 %.

Anmeldung und weitere Auskünfte:

Förderverein Projekt Osthofen e.V.
Ziegelhüttenweg 38
6522 Osthofen
Tel.: 06242-4570

Erfahrungsaustausch zum Thema:

"Gedenkstätten: Antifaschismus und Stalinismus - koordinieren oder abgrenzen - was ist nötig, was ist machbar" am 2. November 1991, 10.00 Uhr, in der Antifaschistischen Mahn- und Gedenkstätte Prenzlauer Berg, Ernst-Thälmann-Park, Berlin.
Veranstalter: Gedenkstättenverband e.V. -
Geschäftsstelle - Kurt-Schlosser-Straße, O-1800 Brandenburg.



Józef Szajna: »Strafkompanie«. 1943 illegal im Konzentrationslager entstanden.



Ausstellung zum "verordneten Antifaschismus" der DDR im Thälmannpark

Im Zusammenhang mit der Einweihung des Thälmann-Denkmal 1986 wurde im Thälmann-Park auch das "Traditionskabinett Antifaschistischer Widerstandskampf 1933 - 1945, Berlin Prenzlauer Berg" eröffnet. Die Berufung auf die Tradition des antifaschistischen Widerstands diente der SED-Führung zur Legitimation der eigenen Herrschaft. In jeder größeren Ortschaft gab es ein "Traditionskabinett antifaschistischer Widerstand". Generationen von Jugendlichen, von Lehrern und Pionierleitern durch diese Kabinette geführt, bezogen von dort ihr Geschichtsbild oder ihr Desinteresse an diesem Teil deutscher Vergangenheit.

Zu Beginn des Jahres 1991 waren die meisten antifaschistischen Traditionskabinette der DDR bereits geschlossen oder abgebaut. Stadt- und Gemeinderäte verweigerten die weitere Finanzierung, aufgebrachte Bürger drohten mit der Zerstörung, Widerstandskämpfer holten sich ihre persönlichen Erinnerungsstücke, ihre Leihgaben zurück. Auch im Bezirk Prenzlauer Berg stellte sich die Frage: Was soll mit dieser Ausstellung, mit diesem Haus geschehen? Es wäre einfach gewesen alles abzubauen. Aber damit war die notwendige Auseinandersetzung mit dem hier vermittelten Geschichtsbild nicht zu erreichen.

Beim Kulturamt Prenzlauer Berg, dem dieses Haus jetzt untersteht, gibt es bereits Beispiele für den Umgang mit Zeugnissen der letzten 40 Jahre: Unter dem Motto "Mit der Geschichte leben" wurden Ausstellungen zu den politischen Denkmälern und zu den Straßennamen erarbeitet. Nun kommt eine Kommentierung der Ausstellung zum antifaschistischen Widerstandskampf hinzu, die eine Arbeitsgruppe (gemischt Ost/West) seit Frühjahr 1991 erarbeitet hat.

Die Ausstellung selbst wurde dabei nicht angetastet, weil sie ein Dokument des DDR-Antifaschismus der 80er Jahre ist. Was an ihr nach der "Wende" verändert wurde, geschah durch die ehemals Verantwortlichen, die eilig versuchten, sie erneut an die vermeintliche Aktualität anzupassen. Honecker-Bilder wurden entfernt, wie einst Stalin oder Ulbricht.

Nun sollen die Fragen, Anmerkungen, Ergänzungen und Hinweise, die die Arbeitsgruppe in der alten Ausstellung angebracht hat, zum Weiterdenken anregen, Fragen der Besucher provozieren.

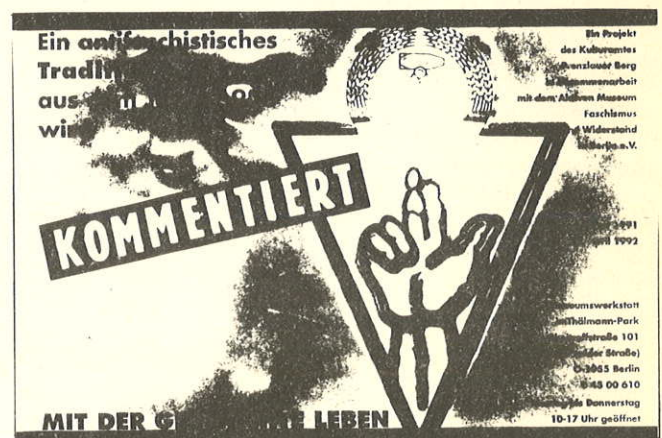
Zu entdecken und vielleicht in späteren Ausstellungen darzustellen bleibt der Widerstand im Bezirk Prenzlauer Berg 1933 - 1945, bleiben die Menschen, die sich dem Nationalsozialismus verweigerten und entgegen stellten. Im Gedenken an diese Menschen wollen wir die Aufarbeitung des zur Propagandaformel erstarrten Antifaschismus, wie er im Traditionskabinett gezeigt wird, beginnen.

Nur hier, im Thälmannpark, im Bezirk Prenzlauer Berg gibt es noch diese Möglichkeit. Andere Ausstellungen der DDR über die Zeit 1933 - 1945, insbesondere die der Nationalen Mahn- und Gedenkstätten, sind nicht mehr in ihrer früheren Gestalt erhalten. Sie wurden schon bald nach der "Wende" geschlossen, verändert, oder, wie im Zeughaus, abgeräumt. So wurde die notwendige Auseinandersetzung versäumt.

Die Ausstellung "Mit der Geschichte leben - Ein antifaschistisches Traditionskabinett aus dem Jahre 1986 wird kommentiert" ist vom 24.9.1991 - 26.4.1992 zu sehen im Haus der Museumswerkstatt im Thälmannpark, Ecke Greifswalder Str./ Dimitroffstr. Öffnungszeiten: Mo. - Do. 8.00 - 17.00 Uhr, Di. 8.00 - 19.00 Uhr

Diskussion mit den Autorinnen und Autoren der Kommentare: an jedem ersten Montag im Monat um 19.00 Uhr.

Veranstalter:
AKTIVES MUSEUM FASCHISMUS UND WIDERSTAND IN BERLIN und KULTURAMT DES STADTBZIRKS PRENZLAUER BERG





Symposium und BAG-Treff in Marburg vom 25.-27.10.91:

Deserteure und Militärstrafjustiz

Roland Müller und Mani Stenner

Die historische Forschung zu Wehrmacht und Kriegsverbrechen, zur NS-Militärjustiz und der Stand der -immer noch fehlenden- Entschädigungsmöglichkeiten für Wehrmachtsdeserteure und andere vergessene Opfer von Militärjustiz und -psychiatrie stehen im Mittelpunkt des Symposiums in Marburg.

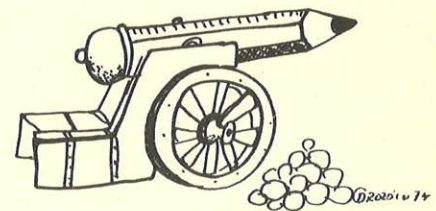
Damit soll das Symposium zum bundesweiten Kristallisationspunkt der Debatte um die Opfer der NS-Militärjustiz und deren Entschädigung werden, die mit der Aufstellung verschiedener Deserteur-Denk-Male und der Gründung des Verbandes der Opfer in Gang gekommen ist. Deshalb befaßt sich das Treffen mit den Fragen, wie Wehrmacht und Nationalsozialismus verzahnt waren und welchen Anteil die Wehrmacht an Kriegsverbrechen hatte, wem der deutsche Soldat diente.

Im zweiten Teil soll zum einen die Legende von der Rechtsstaatlichkeit der Militärstrafjustiz angegangen werden. Dazu sind Ideologie und Politik der Militärrichter, Praxis und gesetzliche Grundlagen der Militärstrafjustiz und -im Vergleich- die Militärstrafjustiz anderer am Krieg beteiligter Staaten zu thematisieren. Zum anderen soll der Militärpsychiatrie der Nimbus genommen werden, eine ganz normale klinische Einrichtung gewesen zu sein. Im dritten Teil soll durch Zeitzeugen eine breite Palette von Motiven und Fluchtverläufen dargestellt werden. Dabei soll die Problematik der Abweichung und der Verweigerung angesichts der nachhaltigen Wirkung von Volksgemeinschafts- und Kameradschaftsideologie zur Sprache kommen, sowie die fortgesetzte Ächtung der Opfer der NS-Militärjustiz und -psychiatrie nach 1945. Die Forderungen von Gerichten in Entschädigungsverfahren und von einigen Teilnehmern an der aktuellen Debatte, wonach die Verweigerung gegenüber dem NS-Militärapparat eine "gewisse Erfolgsaussicht" auf den Sturz des Regimes gehabt haben müsse, um als Oppositionshandlung gewertet zu werden, oder nach der Reinheit der Motive, erscheinen dabei als das, was sie sind: Diskriminierung der Opfer auch im nachhinein.

Im vierten Teil des Symposiums geht es um Entschädigungsrecht und -praxis, insbesondere auch um die Veränderun-

gen für die Verfolgten, die in der DDR lebten. Der fünfte Teil soll die Thematik in die Diskussion des Umgangs mit (vergessenen) Opfern einbetten und zugleich einer Perspektivendiskussion dienen.

Am 27.10. sind speziell die Gruppen und Interessierten zu einer **Bundesarbeitsgemeinschaft** eingeladen, die sich mit Diskussionen und Denk-Malen um die Deserteure oder um Wehrpflicht und Totalverweigerung beschäftigt haben. Dabei wird auch geprüft, wie und inwieweit dieser Strang antimilitaristischer Arbeit noch verfolgt wird, ob und wie gemeinsame Vorhaben oder Vernetzung nötig, möglich und nützlich ist. Es geht also 1. um Austausch, Berichte und Probleme (nach Möglichkeit auch insbesondere aus der Ex-DDR), 2. Diskussion über die relativen Mißerfolge bei früher verabredeten gemeinsamen Aktionen (Wanderausstellung, Kampagne Wehrkraftzersetzung, Kirchentags-Aktivitäten) und der Notwendigkeit von Vernetzung und Aktivitäten, 3. Möglichkeiten zur Unterstützung der Entschädigungsforderungen der vergessenen NS-Opfer, 4. Bewertung des Mediums "Deserteur-Denk-Mal" für das Thema. Gibt es andere, jetzt besser geeignete Medien zur Öffentlichkeitsarbeit oder ist gar die Verknüpfung antimilitaristischer Arbeit mit den historischen Bezügen der falsche Hebel?

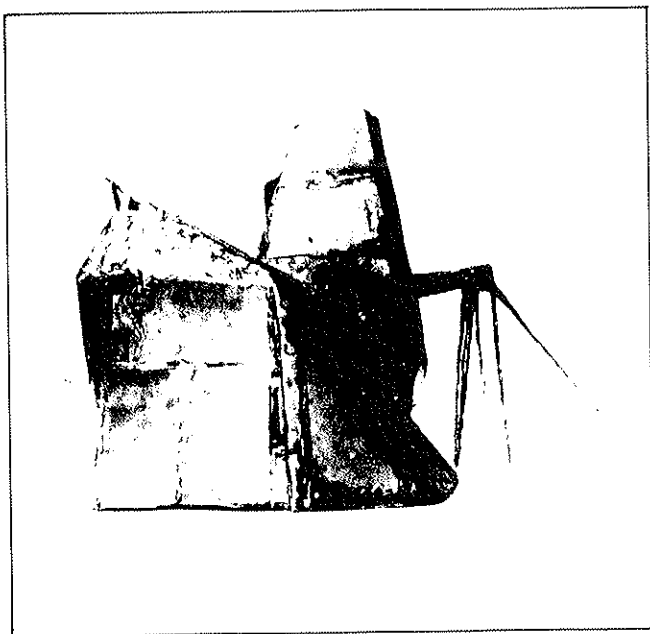
Friedens
FORUM



Geschichte und Macht

"Geschichte und Macht" ist der Titel einer Ausstellung mit Bildern von Manfred Fuchs (Berlin-West) und Plastiken von Henry Stöcker (Berlin-Ost), die in der Gedenkstätte Breitenau noch bis zum 25. Oktober zu sehen sein wird.

Gedenkstätte Breitenau, Brückenstraße 12, 3501 Guxhagen, Tel.: 05665-3533; Öffnungszeiten: Mo.-Fr. 9-13 und 14-16 Uhr.



Henry Stöcker
"Herrscherpaar", 1991
Draht/Wachs

Lebenszeichen - Gesehen in Auschwitz

Die vom Auschwitz-Komitee in der Bundesrepublik veranstaltete Ausstellung wird am 6. November 1991 um 19.30 Uhr, im Hamburg-Haus, Doormannsweg 12, 2000 Hamburg 20 mit einem musikalischen Programm und einer Begrüßung von Dr. Ingrid Nümann-Seidewinkel eröffnet. Sie kann bis zum 27.11.91 täglich von 17.00 bis 20.00 Uhr besucht werden.

Weitere Informationen bei:
Lutz van Dick, Tel 040/439 59 70

Literaturhinweise

Abnahmegarantie für ein Buch:

John Hopp/Grit Petersen:

"Die Hölle ist die Idylle"

Das Außenkommando Alt Garge des KZ Neuengamme, ca. 170 S., 19,- DM.

Eine zweite, überarbeitete Auflage des Buches soll veröffentlicht werden. Der VSA-Verlag will dies gerne tun, wenn eine Abnahmegarantie der Autoren vorliegt.

Alle Interessenten teilen bitte ihr Interesse mit der Angabe der erwünschten Exemplare John Hopp, Seebrückenweg 2b, 2090 Winsen/Luhe mit.

Uli Jungbluth: Nationalsozialistische Judenverfolgung in Westerwald; Koblenz 1991; Verlag Dietmar Fölbach, 5400 Koblenz, 200 S., 24,80 DM.

Michael Keller: Das mit dem Rassenweibern ist erledigt - Rüstungsproduktion, Zwangsarbeit; Friedberg 1991; Verlag der Bindernagelschen Buchhandlung, 23.80 DM.

Dirk Blasius/Dan Diner: Zerbrochene Geschichte; Leben und Selbstverständnis der Juden in Deutschland, Frankfurt/M., 1991; Fischer-Taschenbuch, 238 S., 16,80 DM.

Alte Synagoge Essen (Hg.): Verfolgung und Widerstand in Essen 1933-1935; Dokumentation zur Ausstellung; Essen 1991, 136 S., Klartext-Verlag.

Ellen Presser/Bernhard Schossig (Hg.): Junge Juden in Deutschland; Protokoll einer Tagung; München 1991, 144 S., 15,- DM; zu beziehen über: Jugend- und Kulturzentrum der IKG München, Prinzregentenstr. 91, 8000 München 80.

Gedenkstättenbibliographie (I): 1990/91. Hrsg. vom Gedenkstättenverband e.V., 7 Blatt. Enthält 89 Titel von und über Gedenkstätten der BRD. Zu beziehen gegen Einsendung von 2,-DM in Briefmarken an der Geschäftsstelle, Kurt-Schlosser-Straße, O-1800 Brandenburg.

Aktion Sühnezeichen Friedensdienste e.V. Buch- und Mediendienst

"Jetzt sind wir dran", mit diesen Worten nahm sich die Ostberlinerin den Platz einer Türkin in der U-Bahn zur Zeit der euphorischen Einigungsmonate.

Heute ist die Jagd nach Ausländern in Ostdeutschland Alltag einer radikalisierten Minderheit von Jugendlichen. Über 20 % sympathisieren mit Aktionen gegen Ausländer, und über 40 % teilen ausländische Orientierungen.

Sie sind Resultat eines autoritär verordneten Alltags in der ehemaligen DDR.

Zur Aktivierung aber trägt die tiefgreifende Verunsicherung nach der Einheit bei. Die Verschmelzung von nationaler Einheit und einem leichtfertigen Wohlstandsversprechen hatte zu einer nationalen Euphorie beigetragen, die nun umgeschlagen ist. Als enttäushtes Nationalgefühl aber bildet sie eine zusätzliche Quelle für aggressiven Abwehr-Nationalismus.

Eine Politik radikalen Wirtschaftsliberalismus', der nationalen Symbole und des Abschiebe-Nationalismus ist keine Lösung, sondern verschärft das Problem. Wir stehen erst am Anfang einer Radikalisierung, wenn wir nicht neu beginnen und den Menschen durch eine aktive und gemeinsame Wirtschafts- und Beschäftigungspolitik Arbeits- und Lebensperspektiven eröffnen.

Hajo Funke ist Politikwissenschaftler am Otto-Suhr-Institut der Freien Universität Berlin und gegenwärtig Professor für German Area Studies an der University of California, Berkeley, USA.

Autor u.a. der Bücher "Republikaner", Rassismus, Judenfeindschaft, Nationaler Größenwahn" (ASF-Verlag 1989) und "Die andere Erinnerung" (1989 im Fischer Verlag).

"Jetzt sind wir dran"

Nationalismus im geeinten Deutschland

196 Seiten, 12,80 DM, Bestell Nr. 7623

ab 10 Exemplare 10 %, ab 20 Exemplare

20 % und ab 50 Exemplare 25 % Rabatt

Hajo Funke »Jetzt sind wir dran«

Nationalismus im geeinten
Deutschland



An: ASF, Buch- und Mediendienst, 3308 Beienrode (Telefon 05353/8817)

Ich/Wir bestellen () Exemplar(e) des Buches "Jetzt sind wir dran - Nationalismus im geeinten Deutschland"

Name _____

Anschrift _____

Datum _____ Unterschrift _____